

Sen. Borah greifen Vertrag an

zeichnen die wirtschaftlichen Bestimmungen desselben für die besiegten Nationen in ihrer Wirkung als grausam u. mörderisch.

Sen. Hitchcock wird von Borah zurechtgewiesen.

Washington, 11. Feb.—Obgleich der Friedensvertrag nominell für eine Woche an die Seite geschoben worden ist, wurde die Debatte über denselben schon gestern nachmittags von den „Unversöhnlichen“ wieder aufgenommen. Die Senatoren Borah von Idaho und Knor von Pennsylvania brandmarkten die wirtschaftlichen Bestimmungen desselben als „grausam“ und „mörderisch“ in ihrer Wirkung auf die besiegten Nationen und in einem geringeren Grade auf den Rest der Welt. Die Debatte wurde eingeleitet durch die parlamentarischen Vorfälle, die es erforderlich sind, um eine neue Beratung des Vertrages am nächsten Montag zu ermöglichen, nachdem das Komitee für auswärtige Angelegenheiten den Vertrag an den Senat zurückgebracht hat. Lodge erklärte die Verschiebung des Beginns der Wiederbehandlung auf Montag sei durch die Abwesenheit vieler Senatoren auf beiden Seiten des Senats notwendig geworden.

Chas. Nagel, Präsident des Liebeswerks

New York, 11. Febr. (Postbericht.) In der Wiedereröffnung fand am 5. Februar eine Versammlung von Delegaten der verschiedenen Hilfsvereinigungen zur Unterstützung der notleidenden Deutschen und Deutschösterreicher statt, um das Hilfswerk unter einen Hut zu bringen und im ganzen Lande zu verbreiten. Ungefähr 50 Delegierten in ebenso vielen Großstädten des Landes waren durch Delegaten vertreten. Herr Otto von Schrenk, von New York, führte den Vorsitz. Nach allen unterbreiteten Berichten ergab sich, daß soweit ungefähr \$500,000 an Geld und Waren für die Notleidenden in Mitteleuropa aufgebracht wurden.

Der Adjunkte Charles Nagel aus St. Louis, früherer Staatssekretär des Innern der Vereinigten Staaten, wurde zum Präsidenten erwählt. Die übrigen neuernannten Beamten sind: Dr. Andrew G. Grimm, New York; H. A. West, New York; Ludwig Wisen, New York; Bernhard Weiler, New York; Charles Froeb, Brooklyn; Harry Hubens, Chicago; Vizepräsidenten; und je ein Vizepräsident von jedem Staats- oder vorheriger Lokalkomitee; Albert Kag, New York, Präsident der Continental Bank, früherer German-American Bank; Schatzmeister: Prof. John A. Wals, Boston; Prof. Busse, Mount Vernon, Stellvert. Sekretär; Exekutivkomitee: Dr. Hugo Kieber, New York; Vorsitzender: Carl Voshwiler, New York; Sekretär: Hon. Charles Nagel, St. Louis; Harry Hubens, Chicago; Hermann A. West, New York; Ludwig Wisen, New York; Bernhard Weiler, New York; Charles Froeb, Brooklyn; Albert Kag, New York; Prof. John A. Wals, Boston; Prof. Busse, Mt. Vernon; Hubert Ellis, New York; Rudolph Erbsloeh, New York; Eugen Hennigson, New York; Dr. F. S. Girshland, New York; Victor F. Midler, New York; Otto v. Schrenk, New York; Richard Schuster, New York; Alexander S. Steeger, New York.

Kliegende Polizei wird nicht gestattet

Paris, 11. Febr.—Der Vorkriegsminister lehnte das Gesuch Deutschlands und Österreichs, eine Abteilung kriegsfliegender Polizei zu errichten, mit dem Hinweis ab, daß dieses mit dem Verfall des Friedens nicht im Einklang stehe.

Die österreichischen Nahrungs- und Finanzminister unterbreiteten dem Rat ein neues ökonomisches Programm, welches wird es in Erwägung nehmen. Graf Apponyi, Führer der ungarischen Friedensdelegation, ist hier heute eingetroffen, um Einwürfe gegen die Friedensbestimmungen zu unterbreiten.

Canada beschränkt Einfuhr. Montreal, 11. Febr.—Die Einfuhr aus den Ver. Staaten wird auf das Notwendigste beschränkt werden, weil der Wechselkurs des Pfund Sterling so tief gesunken ist.

Parlaments-Reden waren bedeutungslos

Lloyd George redet viel und sagt wenig; MacLain bestirmt Revision des Vertrags.

London, 11. Febr.—Die Reden, welche gelegentlich der gestrigen Wiedereröffnung des britischen Parlaments gehalten wurden, haben keine Geschichte gemacht. George Lloyd, William Adamson und Sir Donald MacLain sprachen für die Regierung und die Liberalen. Keine Stimme erhob sich für Irland, obgleich Irland in allen gestrigen Reden Erwähnung gefunden wurde. Premier Lloyd George erging sich des Langen und Breiten über die Aufstellung gegenüber einzuhaltenen Politik, ließ sich aber nicht herbei, indirekt an ihn gestellte Fragen, die auf unauflösbare Bestimmungen des Friedensvertrages Bezug haben, zu beantworten. Er drang auf Vermehrung der Produktion; seine Bemerkungen über Irland boten nichts Neues.

Col. Sidney Peel, Koalitions-Unionist, sagte in Verantwortung der Throne: „Es wird uns eine große Enttäuschung bereiten, wenn die Ver. Staaten sich nicht in der Lage befinden sollten, sich an dem Wiederaufbau der Welt zu beteiligen.“ MacLain drang auf Revision des Friedensvertrages, sagend: „Es wäre von großer Bedeutung, wenn der Präsident der Ver. Staaten das Friedensdokument unterzeichnete, es hat indessen nunmehr den Anschein, wie wenn seine Unterschrift nicht gegeben werden wird.“

Dr. Young über Wilson's Befinden

Im Geist ist der Präsident riesenhaft, linker Arm und Seite etwas gelähmt.

Baltimore, Md., 11. Febr.—Ueber das Befinden des Präsidenten Wilson äußert sich Dr. Hugh S. Young, einer jener Ärzte, die Herrn Wilson während seiner Krankheit behandelt, folgendermaßen: „Seit Beginn der Krankheit des Präsidenten haben die ihn behandelnden Ärzte nichts zu verheimlichen gehabt. Als ich Oktober letzten Jahres an das Krankenlager des Patienten gerufen wurde, war in dessen Befinden eine so ernste Krisis entstanden, daß eine dringende Operation nötig erschien. Mäßig und befriedigt das Befinden des Kranken, so daß man von einer Operation Abstand nehmen konnte.“

Die Besserung des Befindens nahm ihren Fortgang und heute ist der Präsident geistig ein Niese; seine Organe funktionieren perfekt. Sein linker Arm und seine linke Seite sind etwas gelähmt; die Lähmung aber dürfte noch und nach gehoben werden. Alle Meldungen von einem Mißfall sind unwar. Niemals hat seine Geisteskraft gelitten.

Der Präsident ist jetzt in ständiger, ohne Unterbrechung zu geben und macht auch von seinem laihnen Arm, wenn immer es zulässig ist, Gebrauch.

Bischof verdammt die Arbeiter-Ansprüche

Baltimore, Md., 11. Febr.—Die ganze Existenz unserer demokratischen Regierungsform in diesem Lande wird ernstlich durch die Bestrebungen der organisierten Arbeiter, die Forderungen des Kongresses zu beherrschen, bedroht, erklärte Bischof W. A. Quinn von der Bischoflichen Methodistischen Dienststadt am Abend in einer Ansprache in der Kirche zu Mount Vernon Place. Die Drohung der Arbeiter ist eine Herausforderung alles dessen, was wir in der Regierung finden und haben, und als amerikanische Bürger haben wir die Pflicht, die Herausforderung anzunehmen, uns in unserer Stärke zu erheben und den Feind unserer geschätzten Einrichtungen zu zermalmen. Unsere Regierung ist für das ganze Volk, nicht für eine Klasse oder Faktion.

Präs. Wilson dürfte nicht antworten

Ver. Staaten haben keine Stimme in Auslieferung Angelegenheit; Wilson Gegner der Auslieferung.

Washington, 11. Febr.—Es verlautet nichts Bestimmtes darüber, in welcher Weise der Präsident das Schreiben des früheren deutschen Kronprinzen, in welchem er sich erzieht, sich dem Gericht der Alliierten zu stellen, zu behandeln gedenkt. Es wird im Weichen Hause angebeutet, daß er möglicherweise antworten wird und in seiner Antwort Gelegenheit nehmen wird, die Oppositionsgründe zu wiederholen, welche die amerikanische Friedensdelegation zu Paris gegen gerichtliche Verurteilung des deutschen Kaisers und deutscher Offiziere vortrug. Von anderer Seite wird behauptet, daß Wilson nicht einmal den Empfang des Schreibens befähigen wird, da die Ver. Staaten weder den Friedensvertrag unterzeichnet, noch sich dem Völkerbunde angeschlossen haben und daher keine rechtliche Stimme in den Verhandlungen über die Auslieferung und Verurteilung deutscher Offiziere besitzen. In eingetragenen Kreisen herrscht durchwegs kein Zweifel an Wilsons grundsätzlicher Verwerfung des ganzen Verfahrens der Alliierten, den deutschen Offizieren in ihre Gewalt zu bekommen. Man will wissen, daß der Präsident der Ansicht ist, Deutschland müsse seinen Weg zur Erlösung aus seinen Nöten verfolgen, ohne daß die Verwirrung durch das Verlangen fremder Mächte nach „Kriegsverbrechern“, die durch eine Verurteilung so leicht zu Märtyrern erhoben werden könnten, vergrößert werden müsse.

Bayern's Bauernbund mußt gegen Berlin auf

Berlin, 11. Febr.—Bayern's Feindseligkeiten gegen das sozialdemokratische Regime in Berlin ist in steigendem Maße. Bayerische Führer erheben die Beschuldigung, daß die deutsche Regierung nichts konstruktives berichte, um Deutschland wieder auf die Beine zu helfen, sondern im Gegenteil das Land dem Verderben zuführe. Diese Angriffe gegen die Berliner Regierung häufen sich mit jedem Tag und geben der bayerischen Losstrebungs-Bewegung neuen Antrieb.

Dr. Heim, Führer des bayerischen Bauernbundes, hat in einer Rede in München die Berliner Regierung wie folgt angegriffen: „Wir wollen kein Diktatumsamt des Neuen Jerusalem an der Spree werden. Vor zwei Wochen drohte uns Erzberger (der Finanzminister) mit Gewalt, falls die bayerische Bewegung fortgesetzt würde. Er muß ein Weisheitsnabe sein, wenn er denkt, er könne damit Eindruck auf mich machen. Ich lache verächtlich über die Drohungen des Herrn in Berlin. Es ist eine Frage der Ehre gegen Unabhängigkeit. Ich fordere die bayerischen Bauern auf, für Gott und ihr bayerisches Vaterland zu kämpfen.“

Fünf Untersee-Boote untergegangen

Washington, 11. Febr.—Fünf amerikanische Unterseeboote mit aller Mannschaft scheinen irgendwo zwischen den Bermuda-Inseln und Hampton Roads untergegangen zu sein. Das Marineamt hat jedoch die Nachricht erhalten, kann aber keine Bestätigung des Gerüchtes erteilen, daß eines der als verloren angegebenen Boote sicher gelandet sei. Sofort nach Eingang der Meldung haben zwei Verstärker, der Popen und der Woodh, Newport News, und der Minensucher Red Wing Hampton Roads verlassen, um dem Verbleib der Unterseeboote nachzuforschen.

Washington, 11. Febr.—Fünf Tauchboote, von welchen es hieß, daß sie im Sturm untergegangen sind, befinden sich in Sicherheit. So meldete heute mittags das Marineamt.

Nebraska Banker verhaftet. Denver, Colo., 11. Febr.—M. W. Lower, dormaliger Staatsbankier der Palparaiso State Bank zu Palparaiso, Nebr., ist hier unter der Verhaftung verhaftet worden. \$17,000 unterschlagen zu haben. Er wurde seit Oktober letzten Jahres gefangen. Der Verhaftete befindet sich auf dem Wege nach Palparaiso.

Viele Nahrungsmittel in Hamburg eingetroffen

Pläne für die Verteilung der Lebensmittel; besondere Schlußmaßregeln getroffen.

Berlin, 11. Febr.—Die Pläne Herbert Hoover's für die Vinderung der Not in Deutschland, Österreich, Polen und Tschechoslowakien gegen die fortwährende Ankunft von Schiffen in Hamburg ihrer Vollendung entgegen. Diese Schiffe bringen kondensierte Milch, Bohnen und Speck und für Juden Baumwollfäden statt Speck. Die Nahrungsmittel werden in Hamburgs Magazinen untergebracht, und wenn alles an Ort und Stelle ist, wird mit sorgfältiger Verteilung begonnen werden, damit die Waren nicht in unredliche Hände kommen.

Major Goldsmith, der Agent der amerikanischen Hilfsaktion, der die Operationen in Hamburg überwacht hat, ist nach Berlin zurückgekehrt, um von hier aus die Kontrolle über die Beförderung der Lebensmittel zu übernehmen. Seine Pflichten in Hamburg sind von Francis C. Wicks, früher von der amerikanischen Hilfskommission in Belgien, übernommen worden. Tschechoslowakien wird direkt durch die Schifffahrt auf der Elbe von Hamburg bis Auisberg versorgt werden. Diese Route ist langsamer, aber sicherer angesichts der vielen Eisenbahnstörungen in Deutschland und des sehr mangelhaften Eisenbahnverkehrs. Nahrungsmittel für Österreich und Ungarn werden in benachbarten Eisenbahnhöfen nach Regensburg geschickt, von wo aus sie in Booten die Donau hinuntergeschickt werden. Dänzig und Polen werden von der Ver. Staaten aus direkt auf dem Seeweg versorgt werden.

Rhein-Gebiet bleibt vorläufig okkupiert

Paris, 11. Febr.—Premier Millerand hat der deutschen Regierung eine Note zugestellt, welcher zufolge die Zeit des Abzugs französischer Truppen aus dem Rheinland noch nicht bestimmt. Dieses ist, wie Millerand sagt, darauf zurückzuführen, weil die Deutschen gewisse Klauseln des Friedensvertrages nicht ausgeführt haben.

Bryan ist sich noch nicht schlüssig

Lincoln, Neb., 11. Febr.—Chas. W. Bryan, Bruder von Wm. J. Bryan, gab heute folgende Erklärung ab: „W. J. Bryan hat sich bisher noch nicht entschlossen, welche Rolle er in der kommenden Präsidentenwahl spielen wird; er ist sich noch nicht in Klaren darüber, ob er Kandidat als Delegat zur Nationalkonvention sein wird.“

Geld für Diplomaten und Konsular-Beamte

Washington, 11. Febr.—Der Senat nahm gestern nachmittags die Vorlage an, in welcher es sich um Bewilligung von \$9,000,000 für den diplomatischen und Konsulardienst handelt.

Gesandter für Italien ernannt

Washington, 11. Febr.—Robert Underwood Johnson von New York wurde, wie im Weichen Hause bekannt gegeben wird, vom Präsidenten zum Gesandten der Ver. Staaten in Rom ernannt. Die Ernennung Johnsons wird dem Senat in einigen Tagen zur Bestätigung übergeben werden.

Auslieferungsliste geht ans Reichsgericht

Oberstaatsanwalt angewiesen, Anklagen zu unter-suchen und gegebenen Falls einen Prozeß gegen Beschuldigte anhängig zu machen.

Noske wird Admiral v. Trotha nicht herausgeben.

Berlin, 11. Febr.—Justizminister Eugen Schiffer hat dem Oberstaatsanwalt des Reichsgerichts in Leipzig die Liste der Auszuliefernden mit der Bitte übermittle, daß er die von den Alliierten erhobenen Anklagen genau prüfe und einen Prozeß anhängig machen soll, wenn immer das Beweismaterial einen solchen bedingt.

Die konservativen Mitglieder des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten erklärten nach einer Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen Hermann Mueller, daß die Konservativen im Reichstag möglicherweise sich zu einem Kompromiß verstehen würden, die Kriegsschuldigen vor das Oberreichsgericht in Leipzig stellen zu lassen mit Vertretern der Alliierten und Neutralen als Beisitzer. Sollte dieser Plan die Alliierten nicht befriedigen, dann werde man

Nord-Schleswig stimmt für Dänemark

Kopenhagen, 11. Febr.—Die Fählung der bei der Abstimmung in der ersten Zone in Nordschleswig abgegebenen Stimmen zeigte dänische Mehrheiten in allen von den 150 Wahlbezirken, mit Ausnahme von 6. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 43,519; davon fielen 30,763 für Anschluß an Dänemark, 12,756 für Verbleib im deutschen Staatsverband.

Freudenfeuer und Gottesdienste bezeugten die letzte Nacht vor der Abstimmung in der ersten Zone. Alle Hauswörter dänischen Stammes hatten ihre Wohnungen mit dem roten Fahne dekoriert. Als ein ähnliches Vorzeichen für die Abstimmung wurde von dänischer Seite darauf verwiesen, daß es am 10. Februar 1659 war, daß die Bevölkerung Nordschleswigs einen mütigen Sturmangriff des Schwedenkönigs Karls des Zehnten abschlug.

Berlin, 11. Febr.—Die Presse-Mänter sagen, daß wenn aus Deutschland die Nordspitze der Nordmark verliere, würde die Niederlage ein großer finanzieller Gewinn für die Deutschen sein. Denn die Dänen müßten dann den Verlust des Gebietes durch den hohen dänischen Erwerb, und dieses Vermögen würde Dänemark über 100,000,000 Kronen kosten. (Die sozialistische Opposition im dänischen Reichstag hat die Gesamtsumme der den Nordschleswignern in beiden Zonen zu zahlenden Valuta - Entschädigung auf 300,000,000 Kronen geschätzt. Red.)

England soll seine Schulden bezahlen

London, 11. Febr.—Der „Daily Express“ appellierte an das englische Volk, ihre goldenen Juwelen, sowie Schmuckstücke und verletzten Goldstücke abzugeben, damit man sie umschmelzen und die britischen Schulden an die Ver. Staaten sofort bezahlen könnte. Wir haben in den Säulern unseres Landes Gold genug, um unsere amerikanischen Schulden zu begleichen und unsere ausländischen Gläubiger zu befriedigen, erklärte die genannte Zeitung. Sie schlägt die Herausgabe von Papiergeld vor, die ihr Gold ausliefern.

Das Innehalten in Baumwolle-Einfuhrverbot von Baumwolle aus Amerika erfolgt, nichtsdestoweniger weisen Zeitungen darauf hin, daß britische Industrie nur auf die Weiche ihre Lage verbessern können, daß sie sich zu kaufen weigern solange, bis der Wert des Pfundes in einigen Tagen zur Bestätigung übergeben werden.

Morgan's Vertreter nach China und Japan

New York, 11. Febr.—T. B. Lamont von House F. R. Morgan and Co., wird mit W. Egan als Assistenten und J. Smith von Boston als Ratgeber am Donnerstag nach Japan und China abreisen, um mit den Finanzleuten dieser Länder zu verhandeln und einen finanziellen, kommerziellen und politischen Überblick über China zu gewinnen. Lamont bezieht eine Korporation der Bankiers, zu dem die bekanntesten Finanzleute des Landes gehören. Man behauptet, daß die Reise mit vollem Einverständnis des Staatsdepartements gemacht wird.

Deutschland verfaßt seine Gegenliste

Berlin, 11. Febr.—Deutschland bereitet eine Liste vor, welche die Namen der Soldaten und Beamten der Alliierten enthält, welche von der Berliner Regierung angeklagt werden, während des Krieges die Kriegsgesetze verletzt zu haben, und plant, diese Liste den Alliierten als Gegenverpflichtung zu überreichen. Diese Liste ist von demselben geformt, während des Krieges die Kriegsgesetze verletzt zu haben, und plant, diese Liste den Alliierten als Gegenverpflichtung zu überreichen. Diese Liste ist von demselben geformt, während des Krieges die Kriegsgesetze verletzt zu haben, und plant, diese Liste den Alliierten als Gegenverpflichtung zu überreichen.

Wetterbericht

Für Omaha und Ummaeger - Schön heute abend und Donnerstag. Kein besonderer Temperaturwechsel. Für Nebraska - Schön heute abend und Donnerstag. Wärmes am Donnerstag und im äußersten westlichen Teile heute abend. Für Iowa - Schön heute abend und Donnerstag. Etwas kälter im südlichen Teile heute abend. Wärmes am Donnerstag im westlichen Teile.